

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Endlich moderne Schulen für Berlin – Schulbau effizient strukturieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Zur Beschleunigung des Neubaus und der Sanierung der Berliner Schulgebäude werden folgende Schritte unverzüglich eingeleitet:

- Gründung einer „Infrastrukturgesellschaft Schule“, die zu 100% dem Land Berlin gehört. Ihr Gesellschaftszweck muss klar und eindeutig auf Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Neubau von Schulen begrenzt sein, die bisher genutzten Strukturen sind schrittweise in die landeseigene Gesellschaft zu überführen;
- das Volumen für diese Investitionen soll insgesamt auf mindestens 11 Mrd. € festgeschrieben werden, basierend auf den Schätzungen der Hauptverwaltung und der Bezirke, um den Schulplatzmangel und den Sanierungsstau zügig abzubauen;
- das Investitionsvolumen ist durch ein festgelegtes Portfolio von Sanierungs- und Neubauprojekten zu unterlegen und im Landeshaushalt eindeutig abzugrenzen;
- zur übergreifenden Planung sowie zur Kontrolle des Portfolios der Sanierungsmaßnahmen und des Sanierungsfortschritts soll eine Steuerungsgruppe eingesetzt werden, die sich aus Entscheidungsträgern der Senatskanzlei, der Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Familie, für Stadtentwicklung und Wohnen, für Finanzen sowie Vertretern der Bezirke zusammensetzt; die Steuerungsgruppe veröffentlicht fortlaufend online projektscharf den Fortschritt bzw. Verzögerungen der Maßnahmen;
- für die im Portfolio der Infrastrukturgesellschaft festgelegten Sanierungs- und Neubauprojekte werden die Zuständigkeiten von den Bezirken auf die Infrastrukturgesellschaft übertragen, dazu werden Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen; diese garantiert mit einem Ticketing-System die schnelle Bearbeitung und Behebung von Mängelmeldungen. Dazu werden klare und verbindliche Service-Level-Agreements je nach Art des Vorfalls abgeschlossen;

- die Infrastrukturgesellschaft Schule soll die Möglichkeit erhalten, den Bezirken die Übernahme der Schulgrundstücke mit dem Zweck anzubieten, diese als Kreditsicherheiten für ggf. erforderlichen Finanzierungsbedarf einzubringen. In diesem Fall wären mit den Bezirken Mietverhältnisse mit der Infrastrukturgesellschaft zu vereinbaren, dies könnte dem Prinzip „Sale and Lease back“ folgen.

Begründung

Die Berliner Schulen sind größtenteils in einem maroden und sanierungsbedürftigen Zustand. Das geht sogar so weit, dass einige Schulen ihren Unterricht in ausweichende Gebäude verlagern müssen, weil die defekten Schulgebäude eine Gefahr für die Gesundheit von Schulpersonal und Schülerschaft darstellen.

Hinzu kommt der anhaltend hohe Bedarf an Schulplätzen, der aktuell nur unzureichend gedeckt werden kann. Dies ist zurückzuführen auf den seit Jahren andauernden Zuzug nach Berlin, auf den die Verwaltung nicht reagiert hat. Breits 2019 wurde aus dem Bericht der Senatsverwaltung zur „Taskforce Schulbau“ deutlich, dass rechnerisch über 23.000 Schulplätze fehlen – die Zahl ist bis heute ungefähr gleichgeblieben. Verschärft wird dieses Problem aktuell durch den Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende Flüchtlingsbewegung.

Die Situation macht deutlich, dass die im Jahr 2016 ins Leben gerufene „Schulbauoffensive“ den Sanierungs- und Neubaustau nicht beheben kann. Die bisherige Erfahrung in Berlin zeigt, dass unklare Zuständigkeiten, die Personalnot und die fehlenden finanziellen Mittel in den grundsätzlich dafür zuständigen Bezirken, die dringend erforderlichen Maßnahmen verzögert haben. Was Berlin braucht, ist eine Schulbauoffensive, die ihren Namen auch verdient.

Wir fordern die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft für Sanierung und Neubau von Schulen, die von einer Steuerungsgruppe geleitet wird in der die Verantwortlichkeiten unter Einbezug der Bezirke gebündelt und zentral gesteuert werden. Dadurch werden Kompetenzen zusammengeführt, die Kommunikation erleichtert und Entscheidungen zentral getroffen. Eine solche Gesellschaft mit Steuerungsgruppe kann fachliche Expertise z.B. im Hinblick auf spezielle Anforderungen bei Schulbaumaßnahmen und -planungen, Ausschreibungsverfahren und Koordination schneller rekrutieren und bündeln als es viele einzeln Bezirke können. Das gleiche gilt für Ausschreibungen und Beauftragungen von Unternehmen und Architekten, die spezielles Know-how im Schulbau vorweisen. Eine Bündelung dieser Ressourcen bietet sich vor allem auch deshalb an, weil die Anforderungen an den Schulneubau bzw. -sanierung in jedem Bezirk vergleichbar sind, also „serielle“ Verfahren möglich wären. Somit könnten die Maßnahmen beschleunigt und auch im Hinblick auf Kosten Synergieeffekte erzielt werden.

Um die Beschleunigung der Schulsanierungen und Schulneubauten für ganz Berlin zu realisieren, ist eine eindeutige Verlagerung der Bauverantwortlichkeit von den Bezirken auf die neue Infrastrukturgesellschaft erforderlich. Dies entlastet die Bezirke personell, gleichwohl sie über die Bauaufsichtsbehörden und die Steuerungsgruppe in die Prozesse eingebunden bleiben. Auch bleiben die Bezirke weiterhin Eigentümer der Schulen, durch die Infrastrukturgesellschaft, die Infrastrukturgesellschaft werden die Prozesse nur effizienter gestaltet.

Die inzwischen gestiegenen Kosten notwendig, das Investitionsvolumen auf mindestens elf Mrd. Euro anzuheben, basierend auf den Schätzungen der Hauptverwaltung und der Bezirke. Um nicht noch mehr Zeit und Geld zu verlieren, sollte die Gründung der Infrastrukturgesellschaft

so schnell wie möglich erfolgen. Die bisherigen Versuche des Senats, mittels der Schulbauoffensive die vorhandenen Strukturen zu zentralisieren, sind leider ohne Erfolg, wie die Zahlen über fehlende Schulplätze und die andauernden Berichte über marode Schulen, zeigen.

Dass der hier vorgeschlagene Weg erfolgreich sein kann und der Schulbau erheblich beschleunigt werden kann, zeigen die Erfahrungen aus Hamburg, wo die Schulsanierung seit 2010 durch eine eigene Infrastrukturgesellschaft durchgeführt wird. Auch wenn sich die Details unterscheiden und sich die Hamburger Lösung nicht komplett auf Berlin übertragen lässt, so macht ein Blick auf Hamburg und eine entsprechende zentrale Neustrukturierung aus den oben dargelegten Gründen durchaus Sinn und ist längst überfällig.

Berlin, den 6. Dezember 2022

Czaja, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin